

tiert am Beispiel des Endlagers Morsleben (ERAM). Dazu sind Fachleute aus Behörden und unabhängigen Gutachterbüros eingeladen. Das Seminar soll Wissen vermitteln, das es erlaubt, bei der Diskussion um die Stilllegungskonzepte für das ERAM die relevanten Aspekte einschätzen und hinterfragen zu können. Damit dient das Seminar auch ganz wesentlich der Vorbereitung des für das nächste Jahr geplanten behördlichen Kolloquiums für die Stilllegungskonzepte zum Endlager Morsleben.

Im Kalibergwerk Morsleben wurden bis zum gerichtlich verfügbaren Aus insgesamt 36.000 Kubikmeter schwach- und mittelfradioaktiver Abfälle eingelagert, der überwiegende Teil davon zwischen 1994 und 1998 – nach der Wiedervereinigung aber noch auf der Basis der alten DDR-Betriebsgenehmigung. Hatte es schon für diese Einlagerung kein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren gegeben, so muß jetzt immerhin für die Stilllegung ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt und die Langzeitsicherheit nachgewiesen werden. Aktuell werden bereits aufwendige Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, ohne die letztendlich einzusetzenden Verschlusstechniken zu präjudizieren. Trotz begrenzter finanzieller Ressourcen dürfen von der Anlage auf lange Sicht keine Gefahren ausgehen. Öffentliche Auslegung und öffentliche Anhörung sind Gelegenheiten für Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, die Antragsdokumente kritisch zu würdigen und Einwände geltend zu machen. Dabei ergeben sich Fragen: Wie weit trägt die Informationspolitik des Bundesamtes für Strahlenschutz als antragstellender Behörde? Was ist bekannt über unterschiedliche Verschlusskonzepte? Wie können sich Bürger mit den vorliegenden Informationen auseinandersetzen?

Wie ist wissenschaftlicher Sachverstand zur kritischen Betrachtung der vorgeschlagenen Techniken zu mobilisieren?

Die Veranstalter laden ein, sich über diese Fragen zu informieren und mit Experten vom Bundesamt für Strahlenschutz und Umweltministerium Sachsen-Anhalt, mit kritischen WissenschaftlerInnen und Menschen aus Bürgerinitiativen zu diskutieren. Der Samstag dient der Vermittlung sogenannter Basics. Beginn ist um 10⁰⁰ Uhr. Am Sonntag findet dann ebenfalls ab 10⁰⁰ Uhr ein spezieller Morsleben-

Workshop statt. Der Sonntag soll auch der Vernetzung und dem Austausch über aktuelle Entwicklungen rund um das ERAM und der Absprache über Strategien in der weiteren politischen Arbeit dienen.

Die Verpflegung erfolgt ökologisch und vegan; die Übernachtung im Allerhof in Gästezimmern. Der Teilnahmebeitrag beträgt 10 Euro pro Person. Die Anmeldung soll bis 14 Tage vor Seminarbeginn bei der Friedrich-Ebert-Stiftung erfolgen: ☎ 0391/568760 oder per E-Mail mit vollständiger Adresse an info.magdeburg@fes.de. ●

Gronau, 9. Oktober 2004

„Den Atomkonsens-Unsinn in Gronau aufdecken!“

Aufruf zur Demonstration für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

Trotz der Tschernobyl-Katastrophe wurde in Deutschland die Atomenergienutzung und die damit verbundene Atom-müllproduktion bis heute nicht gestoppt – obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Atomenergie ablehnt. Das beklagt der Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU) und ruft auf zur Teilnahme an einer „möglichst großen Anti-Atomkraft-Demonstration“ am 9. Oktober 2004 ab 11 Uhr auf dem Theodor-Heuss-Platz in Gronau. Technisch und wirtschaftlich sei es kein Problem, von heute auf morgen mit der Atomstromproduktion Schluß zu machen, lediglich der politische Wille fehle, heißt es in dem Aufruf. Daran habe auch der sogenannte Atomkonsens der Bundesregierung nichts geändert.

Besonders deutlich werde der Betrug des „Atomkonsens“ im westfälischen Gronau, circa 20 Kilometer nördlich des Ahauser Atommüllzwischenlagers, erklärt der AKU Gronau. Hier betreibt die international tätige Urenco die bun-

desweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA). Im Mai 1986, nur wenige Tage nach dem Super-GAU in Tschernobyl, hatten der damalige Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und Landesminister Raimut Jochimsen (SPD) die Anlage eingeweiht. Sie dient der Anreicherung des Uranisotops 235 im Uran zur Verarbeitung als Brennstoff in Atomreaktoren. Fast alle Atomkraftwerke im In- und Ausland benötigen angereichertes Uran als Kernbrennstoff. In Gronau wird nicht nur für deutsche Atomkraftwerke angereichert, sondern für den weltweiten Markt. Die Urananreicherungsanlage in Gronau wird als Teil der britisch-niederländisch-deutschen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Uranisotopentrennung mit Hilfe der Zentrifugentrennung betrieben. Schwesteranlagen waren bereits 1981 in Almelo (Niederlande) und 1982 in Capenhurst (Großbritannien) errichtet worden und gehören ebenfalls der Urenco-Gruppe.

Zentrifugen und Atommüll

Die UAA Gronau hat derzeit eine Betriebsgenehmigung für 1.800 Tonnen Urantrennleistung pro Jahr (UTA/a). Damit kann Uran für den Betrieb von circa 16 Atomkraftwerken vom Typ Biblis oder Lingen 2 angereichert werden. Beantragt sind jetzt von der Urenco unter anderem die Erweiterung auf 4.500 Tonnen UTA/a (das ist eine Kapazität für circa 35 Reaktoren), die Vergrößerung des Container-Freilagers für anfallendes, hochgiftiges und radioaktives abgereichertes Uran in Form von Uranhexafluorid (UF-6) und der Neubau einer „Zwischen“-lagerhalle für circa 60.000 Tonnen Uranoxid, berichtet der AKU Gronau.

Die Erteilung der atomrechtlichen Genehmigung durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen könne möglicherweise noch in diesem Jahr erfolgen, daher sei jetzt massiver Widerstand notwendig.

Die Menschen, die im Umkreis der UAA Gronau leben, sind bereits im sogenannten Normalbetrieb einer Beeinträchtigung ihrer Gesundheit durch ständige Niedrigdosisstrahlung ausgesetzt. Hinzu kommt das ständige Risiko eines Unfalls mit massiven Freisetzen. Laufende Urantransporte mit Bahn und LKW von und nach Gronau gefährden die Bevölkerung im Münsterland und anderswo. Bis nach Rußland führen die Transporte.

Von der Anreicherung des Urans für Atomkraftwerke bis zum Bau von Atombomben ist es technisch nur ein relativ kleiner Schritt, warnt der AKU Gronau. Daher unterlägen auch alle spezifischen Anlagenteile der militärischen Geheimhaltung. Die pakistanische Atombombe basiere auf der Technik der niederländischen UAA in Almelo. Brisant sei auch das abgereicherte Uran, das in Gronau anfällt. Von anderen Staaten werde

abgereichertes Uran bekanntlich für Kriegszwecke eingesetzt.

Gorleben & Gronau – zwei Seiten einer Medaille

Gronauer Uran muß am Ende der atomaren Brennstoffspirale (UAA – Brennelementefabrik – Atomkraftwerk – Wiederaufarbeitungsanlage – „Zwischenlager“) „entsorgt“ werden, erklärt der AKU Gronau. An diesem Ende stehe die Bevölkerung in und um Gorleben, bei der ein Endlager für den strahlenden Müll entstehen soll. Bereits in Betrieb ist in Gorleben – ebenso wie zum Beispiel in Ahaus – eine Castorhalle für Atommüll. Zwischen Gronau und Gorleben gebe es „Entsorgungsschiebereien“: Atommüll, der in der UAA Gronau anfällt, werde in einem „Faßlager“ in Gorleben zwischengelagert – bis das Endlager fertig ist. Außerdem soll in der noch zu bauenden „Zwischenlagerhalle“ neben der UAA Gronau Uranoxid bis circa zum Jahr 2030 gelagert werden, um es dann ebenfalls im Gorlebener Salzstock zu „entsorgen“.

Gronau und Gorleben seien untrennbar verbunden, Gronau steht am Anfang der atomaren Uranspirale, deren Folgen in Gorleben, Ahaus, Lingen, Biblis und anderswo zu spüren sind, erklärt der AKU Gronau. Mit seiner Demonstration am 9. Oktober 2004 in Gronau wende er sich deshalb gegen jegliche Nutzung der Atomenergie, gegen die sogenannte zivile und auch gegen die militärische Nutzung.

Informationen und Kontakt: Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., Siedlerweg 7, 48599 Gronau, ☎ 02562/23125, Fax 02565/97782, www.aku-gronau.de, info@aku-gronau.de und t.a.pol-lux.münster, www.uaa-gronau.de, info@uaa-gronau.de. ●

Atompolitik

53 Prozent der Unionswähler wollen keine Atomkraftwerke

Anders als die Unionsspitze will die Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger am Atomausstieg festhalten – oder ihn sogar noch beschleunigen. Dies ergab im Juli 2004 eine Emnid-Umfrage im Auftrag von Greenpeace. Demnach sind 53 Prozent der Unionswähler dafür, die derzeit laufenden Atomkraftwerke in den nächsten zwei Jahrzehnten oder früher vom Netz zu nehmen. Einen weiteren Ausbau der Atomkraft unterstützen hingegen nur 19 Prozent. Insgesamt wollen 63 Prozent der Deutschen den Atomausstieg.

Auch angesichts der Diskussionen um die Neuordnung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und den Verlust von Arbeitsplätzen bleibt Umweltschutz eines der wichtigsten Anliegen der Deutschen. Unter den Themen, die ihnen Sorgen bereiten, rangiert die Umwelt mit 81 Prozent schon an dritter Stelle, fünf Punkte hinter der „wirtschaftlichen Lage“ und dem „Zustand der Sozialsysteme“ mit jeweils 86 Prozent, aber weit vor Problemen wie Kriminalität oder Terrorismus. Zudem zeigt die Umfrage, daß Frauen umweltbewußter sind als Männer: 81 Prozent der Frauen stehen genmanipulierten Lebensmitteln kritisch gegenüber, während es bei Männern nur 63 Prozent sind. Den Autoverkehr sehen 84 Prozent der Frauen als Belastung an, aber nur 71 Prozent der Männer.

Den Grünen wird zwar die höchste Umweltkompetenz eingeräumt, doch kann der grüne Minister Jürgen Trittin davon nicht profitieren. Er erhält demnach, wie die Bundesregierung insgesamt, im Fach Umweltpolitik lediglich die Schulnote ausreichend. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 60,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •

Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de; <http://www.strahlentelex.de> • <http://www.abstractnow.com>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Michael Karus, Dipl.-Phys. (verantw.), Monika Bathow, Dipl.-Geogr., Dr.med. Franjo Grotenhermen, Arzt, Dr. Peter Nießen, Dipl.-Phys.: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233/ 943684, Fax 02233/943683. eMail: EMF@nova-institut.de, <http://www.EMF-Beratung.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 60,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzellexemplare EURO 6,00.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODEBB, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2004 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288